

Die extremen Demokraten

Oekingen Hier ist die direkte Demokratie voller Lebenskraft. Warum sind die Menschen dort politisch aktiver als anderswo? Der Versuch einer Antwort

VON CHRISTOF RAMSER

Bald füllen sie sich wieder, die Turnhallen, Gemeindegänge und Waldhütten. Wenn der Advent eingeläutet wird, strömen in 42 Gemeinden der Region Solothurn Tausende zusammen. Sie beschliessen, was mit Steuergeldern bezahlt wird, was innerhalb und ausserhalb der kommunalen Grenzen in öffentlichen Angelegenheiten gelten soll. Die Gemeindeversammlung als oberstes Organ in den Kommunen ist ein Ausdruck der direkten Demokratie in der Schweiz. Doch sie gerät unter Druck: Durch steigende Mobilität, durch sinkende Mitsprachemöglichkeiten, durch Fusionen. Immer weniger Stimmbürgerinnen machen von ihrem direkten Volksrecht Gebrauch.

Negativbeispiele in der Region sind Solothurn und Grenchen. Die beiden Städte waren lange die Kommunen mit den grössten Exekutiven der Schweiz. Grenchen hat die Zahl der Gemeinderäte von 40 drastisch auf 15 verkleinert, in Solothurn regieren offiziell noch immer 30 Personen. Die Legislative bildet die Gemeindeversammlung - ein Unikum in der Schweiz.

In den letzten Jahren allerdings kam meistens weniger als 1 Prozent der Stimmberechtigten an die Versammlungen. Ein Bruchteil der Bevölkerung befindet über Millioneninvestitionen. «Aus rechtlicher Sicht macht es keinen Unterschied, wie viele Personen an den Gemeindeversammlungen anwesend sind», sagt Reto Baehler, Leiter Gemeindeorganisation im kantonalen Amt für Gemeinden. Von repräsentativen Entscheiden kann in diesen Fällen jedoch keine Rede sein.

Direkte Demokratie geht durch den Magen

Es gibt aber auch positive Beispiele: In Oekingen folgt regelmässig ein Zehntel der Stimmbürger dem Ruf des Gemeinderats zur Versammlung. Das ist viel im schweizerischen Vergleich, es ist deutlich mehr als in den Städten, und der Wert liegt auch höher als in ähnlich grossen Gemeinden wie Messen im Bucheggberg oder Lommiswil in Lebern.

Warum läuft das im kleinen Wasserämter Dorf besser als anderswo? Sind die Oekinger sensibler für die öffentliche Sache als die Lommiswiler, Feldbrunner und Biberister? «Wir sind schon etwas extreme Demokraten», sagt Gemeindepräsident Marcel Linder. «Ich kenne nichts anderes.» Über ein Handbuch der direkten Demokratie verfügt Linder nicht. Aber er weiss, wie er die Dorfbewohner packen kann. Einmal pro Jahr werden die Oekinger zum Dorftreff eingeladen. Über ein Viertel der 800 Bewohner lässt sich dann im September das Gratis-Zmittag nicht entgehen. Im November zeigt der Gemeinderat den neu Zugezogenen beim Apé-

ro, was ihren neuen Wohnort ausmacht. Und er lädt sie persönlich zur Gemeindeversammlung ein. Der informelle, gesellschaftliche Aspekt, sagt Linder, sei sehr wichtig.

Ist es so einfach, dass Stimmbürger bloss gesättigt werden müssen? Nein, sagt Marcel Linder. «Die Leute müssen spüren, dass sie ernst genommen werden und dass sie an der Gemeindeversammlung mitreden und viel beeinflussen können.» Dazu braucht er zwei offene Ohren für die Sorgen der Bevölkerung. Und zwar nicht nur zu Bürozeiten. «Das ist nicht immer einfach.» Aber auch nicht zu schwierig. Seit 2005 ist Linder Gemeindepräsident von Oekingen. Er kennt seine Schäfchen: Von 800 ist es gerade «eine Handvoll», die er noch nie gesehen hat.

Direkte Demokratie hat mit Gefühl und «Gspüri» zu tun

Einer, der an keiner Gemeindeversammlung von Oekingen fehlt, ist Jakob Gasche. «Und zwar nicht nur wegen des Imbisses», wie er betont. Kann er einmal nicht teilnehmen, entschuldigt er sich schriftlich. Gasche geht an die Gemeindeversammlung, weil er weiss, dass er etwas bewirken kann. «In einem kleinen Ort sollen die Leute mitmachen», ist seine Überzeugung.

Auch Heinz Luder besucht die Versammlung regelmässig und entschuldigt sich schriftlich, ist er mal verhindert. Wenn der Saal voll ist, sagt er, sei das ein schönes Gefühl, ja eine Freude. Kein Wunder: Oekingen ist ja auch ein bisschen seine Gemeinde, wie er mit etwas verhohlenen Stolz sagt. 20 Jahre stand er an der Spitze. Und noch immer wird er auf der Strasse persönlich gegrüsst. Von der Primarschülerin auf dem Velo bis zum Mann von der Kehrtafel.

Er spricht viel vom «Gspüri» und vom «Flair», das ein Gemeindeoberhaupt mitbringen muss. Was heisst das konkret? «Man darf nicht nur seine

Meinung durchbringen, sondern die Anliegen der Leute wahrnehmen. Wenn jemand anderer Meinung ist, soll man der Person nicht aufs Dach geben.» Ob klein oder gross, reich oder arm: Alle sollen einbezogen werden, alle sollen wissen, dass sie gehört werden. Er lobt die Arbeit seines Nachfolgers Linder: Er beziehe die Interessen der Bewohner ein. «Eine Gemeinde ist eine Demokratie. Die kann ein Chef nicht wie eine Firma führen.» Er will es nicht offen sagen, aber er meint es: Diesen feinen Unterschied in der Führungskultur haben andere Gemeindepräsidenten in der Gegend nicht erkannt.

Direkte Demokratie braucht eine aufgeklärte Stimmbewölkerung

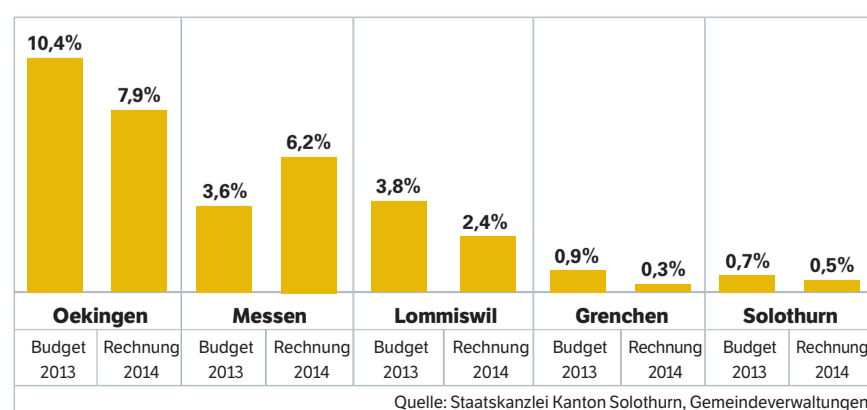
Angesichts so viel Enthusiasmus für die kommunale Sache ist klar: Alle drei Oekinger Vorzeigedemokraten wollen nichts wissen von einer Fusion mit den Nachbarn Halten und Kriegstetten. Sie sind überzeugt: Das politische Interesse in Oekingen würde abnehmen, die demokratische Kultur beschädigt.

Deshalb will man noch so lange wie möglich eigenständig bleiben, damit sich das Klima nicht ändere. «Wir versuchen, unser Dorf lebendig zu halten», sagt Marcel Linder. Ressortleiter informieren transparent, es gibt eine Informations-

brochüre, und auch die Massenmedien tragen zweifellos zur Information der Stimmbewölkerung bei.

Doch bei allem Enthusiasmus: Auch Oekingen ist nicht der Demokratiehimmel, hat noch Luft nach oben: Bei den letzten beiden Wahlen wurde der Gemeinderat still besetzt, das heisst es gab nicht mehr Kandidaten, als Sitze zu vergeben sind. Aber immerhin: Man kann alle Posten besetzen. Das sieht nicht überall so rosig aus: Gemäss Gemeindeforschung der Universität Bern hat jede zweite Kommune Probleme, genügend Personal zu finden.

Anteil der Stimmberechtigten an den letzten Gemeindeversammlungen: Grosse Unterschiede



Hände hoch: Gemeindeversammlungen sind nicht nur ein Ort politischer

«Das politis

Gemeindepolitik Universitätsdozent Reto Steiner sagt, warum sich in kleinen Gemeinden mehr Leute politisch direkt beteiligen als in Städten wie Grenchen oder Solothurn.

10

Prozent der Oekinger Stimmbewölkerung besuchen die Gemeindeversammlungen. Ein hoher Wert im schweizerischen Vergleich.

VON CHRISTOF RAMSER

Wie steht es um die Teilnahme an den Gemeindeversammlungen? Reto Steiner: Die Teilnehmerzahlen an Gemeindeversammlungen in der Schweiz sind tief und sind in den letzten Jahren noch einmal gesunken, wie unser Gemeindeforschung zeigt. Das ist problematisch, weil die Repräsentativität der Entscheide nur noch teilweise gegeben ist.

Worin liegt das Problem genau? Minderheiten können an Gemeindeversammlungen Entscheide durchboxen. Zum Beispiel, wenn es um die Feuerwehr oder andere Interessen geht. Diese Entscheide sind zwar rechtlich korrekt, aber wenig repräsentativ. Immerhin ist in kleineren Gemeinden die Be-

Gebrauch von ihren direkten Volksrechten



Selbstbestimmung, es ist auch ein Ort, wo gesellschaftlicher Kitt hergestellt wird.

THEMENBILD: HANSPETER BÄRTSCHI



Heinz Luder aus Oekingen besucht jede Gemeindeversammlung. Kann er einmal nicht gehen, entschuldigt er sich schriftlich.

CHRISTOF RAMSER

«Das System in Solothurn ist ein Auslaufmodell»

teiligung prozentual höher als in grösseren Gemeinden.

Das zeigt sich in den Städten Solothurn und Grenchen, wo die Teilnehmerzahl sehr gering ist.

Die tiefe Zahl überrascht mich nicht. Das System in Solothurn ist problematisch, die 30 Mitglieder in der Exekutive sind keine Regierung im eigentlichen Sinn. 30 Gemeinderäte können nicht führen. Dieses System hat fast Legislativcharakter. Das Präsidium und die Chefangestellten behalten dadurch die Fäden in der Hand. Es fehlen zudem die «Checks and Balances». Es stellt sich die Frage, wie die Gemeindeversammlung in Solothurn die Arbeit des Präsidiums kontrollieren will. Eine Gemeindeversammlung in einer Stadt ab 10 000 Einwohnern ist nicht mehr repräsentativ. Das System Solothurn ist deshalb ein Auslaufmodell.

Wie sähe ein anderes Modell für Solothurn oder Grenchen aus?

Mit einem Parlament und einer Exekutive zwischen 5 und 9 Mitgliedern kann die Stadt optimal geführt werden. Die wichtigsten Parteien sind an der Macht

ZUR PERSON

Experte mit politischer Erfahrung

Reto Steiner ist Professor für öffentliches Management an der Universität Bern. Er ist Experte im Gebiet der Gemeindeforschung. Steiner hat selbst als EVP-Mitglied im Stadtrat Langenthal und im bernischen Grossen Rat politische Erfahrungen gesammelt.



ZVG

beteiligt. Die Kosten sind zudem in einer kleineren Stadt mit rund 60 000 Franken tragbar, wie das Beispiel Langenthal zeigt. In den Kantonen Neuenburg oder Waadt gibt es bereits in kleineren Gemeinden Parlamente. Das etatistische Verständnis in der Romandie entspricht aber nicht der Deutschschweizer Kultur. Die kleinste Exekutive der Schweiz hat Chur, und diese Stadt ist nicht schlechter geführt als Solothurn. Grundsätzlich sind 3 Mitglieder aber zu wenig, weil nur wenige Parteien an der Macht beteiligt sind.

Was sind Vorteile von Gemeindeversammlungen in kleinen Gemeinden?

Alle Stimmberechtigten haben die gleichen Chancen, am politischen Prozess teilzunehmen. Die gesamte Bevölkerung kann bei wichtigen Entwicklungen wie etwa einer Überbauung mitreden. Solche Informationsanlässe sind aber auch bei Gemeinden mit Parlament möglich und verbreitet.

In Oekingen nehmen regelmässig um 10 Prozent an Gemeindeversammlungen teil. Ist das repräsentativ?

Grundsätzlich sind 10 Prozent immer noch gering, wenn man bedenkt, dass an Gemeindeversammlungen wegweisende Entscheide gefällt werden. Im schweizerischen Vergleich sind 10 Prozent aber viel. Im Schnitt liegt die Partizipation bei unter 5 Prozent.

Worin liegen die Gründe, wenn wie in Oekingen viele Leute an die Versammlungen gehen?

Es hängt mit dem Vertrauen in die Exekutive zusammen, und wie stark einzelne Geschäfte mobilisieren. Bei Kontroversen ist die Beteiligung höher. Es hängt aber auch mit dem politischen Gefüge zusammen und generell mit der Kultur in einer Gemeinde. Das heisst, ob sich die Bewohner kennen. Untersuchungen zeigen, dass die Identifikation dann am höchsten ist, wenn man sich in der Gemeinde wohlfühlt: Wie nahe sind Schulhaus und Kindergarten, gibt es ein Vereinsleben, gibt es eine Beiz oder eine Post im Dorf. Klar ist: In städtischen Verhältnissen nimmt die Identifikation ab. Dort findet die Identifikation vor allem im Quartier statt.